

Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit



**Torsten W.
Remmerbach**
Chefredakteur
Oralchirurgie Journal

[Infos zum Autor]



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was hier so vollmundig daherkommt, ist der Titel des Koalitionsvertrags, der im November 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Wenn man sich nun diese knapp 177 Seiten anschaut, fällt auf, dass sich gerade mal acht Seiten unter der Überschrift „Pflege und Gesundheit“ explizit mit diesem Thema beschäftigen. Das führt einmal mehr deutlich vor Augen, dass Gesundheit so gar nicht im Fokus der Koalitionäre stand, was uns auch, ehrlich gesagt, nicht wirklich überrascht, da dem Thema im Wahlkampf so gut wie gar keine politische oder mediale Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Interessant ist auch die lange hinter den Kulissen geführte Diskussion, wer Gesundheitsminister werden sollte. Einige Namen waren im Gespräch, doch letztendlich konnte Olaf Scholz nicht umhin, den in der Bevölkerung relativ beliebten und medial omnipräsenten Prof. Dr. Karl Lauterbach zum neuen Gesundheitsminister zu machen. Das Thema Mundgesundheit wird auf Seite 84 des Koalitionsvertrags erwähnt: Man möchte sich im Rahmen des nationalen Präventionsplanes auf die Prävention und auf das Thema Alterszahngesundheit fokussieren. Auch die Themen Digitalisierung und Telematikinfrastruktur, die ja ein Steckenpferd des vorherigen Ministers Spahn waren, werden erwähnt. So plant die neue Bundesregierung im Gesundheitswesen, in regelmäßig fortgeschriebenen Digitalisierungsstrategien einen besonderen Fokus auf die Lösung von Versorgungsproblemen und die Perspektive und Nutzer zu legen. Das ist insbesondere nach dem Desaster der immer wieder verschobenen Einführung der elektronischen Patientenakte und des E-Rezeptes auch längst überfällig. Für solche Fehlleistungen wären andere längst von ihrem Ministeramt zurückgetreten, bei Herrn Spahn musste erst der Wähler nachhelfen.

Erwähnenswert ist auch, dass der Erhalt des dualen Systems auf Drängen der FDP bereits im Sondierungspapier festgelegt wurde. Zur allgemeinen Erleichterung unserer Berufsgruppe finden sich im Koalitionsvertrag keine Hinweise darauf, dass eine Reform des Versicherungssystems hin zu einer Bürgerversicherung in den nächsten vier Jahren vorgesehen ist.

Viel Freude mit der neuen Ausgabe wünscht Ihnen

Ihr Torsten W. Remmerbach